

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Landesverband Schleswig-Holstein

Beschluss

des ordentlichen Landesparteitages

08.-09. Mai 2010

Der Landesparteitag hat beschlossen:

Einnahmen und Ausgaben des Staates in Übereinklang bringen

Gewissenhafte und verantwortungsbewusste Politik, und in diesem Sinne auch eine moderne linke Politik, bekennt sich dazu, dass die Verschuldung des Gemeinwesens nicht immer weiter in die Höhe getrieben werden darf. Zunehmende Verschuldung geht zu Lasten nachfolgender Generationen und geht in der Regel mit einer Privatisierung der sozialen, kulturellen und bildungspolitischen Infrastruktur einher. Wir verstehen uns als konstruktive Opposition, die konkrete Vorschläge macht und sich einer ernsthaften Debatte über eine solide Haushaltspolitik stellt, statt nur rumzunölen. Das alte Spiel, in der Opposition gegen alles zu sein, um es dann in Regierungsverantwortung umzusetzen, spielen wir nicht mit, denn es schürt Politikverdrossenheit und kratzt an der Glaubwürdigkeit des Parlamentarismus.

Wir werden uns ernsthaft mit den Haushaltsvorschlägen der Landesregierung auseinandersetzen, aber wir werden nicht die Hand reichen, wenn einerseits Steuergeschenke verteilt werden, andererseits Einsparungen zu Lasten des Gemeinwohls beschlossen werden. Die Umsetzung der Schuldenbremse und eine verantwortliche und gerechte Haushalts- und Finanzpolitik gehören für uns zusammen: Wir fordern einen breiten gesellschaftlichen Diskurs ein, über die zukünftige Wirtschafts- und Finanzpolitik von Land und Kommunen, über die Bildungspolitik, die Umweltpolitik und über die Frage, was Soziale Gerechtigkeit bedeutet. Was erwarten die BürgerInnen von ihrem Staat, was sind sie bereit, an Gegenleistung zu erbringen?

Wir wollen die Debatte gegenüber der CDU/ FDP gewinnen, denn das schwarz-gelbe Konzept gehört in die Mottenkiste der Geschichte. Ungebremstes Wachstum geht zu Lasten der Umwelt und zu Lasten unserer „Einen Welt“. Und es sind nicht die Investitionen in Bildung, Soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz, die den Staat ruinieren, sondern Lobbygeschenke und Steuersenkungen für Klientelgruppen.

Um die Kritik an CDU und FDP zu untermauern und gleichzeitig dem Land Schleswig-Holstein eine Richtung in eine moderne und gerechte Zukunft zu weisen, legen wir GRÜNE in Schleswig-Holstein eine eigenes und in sich schlüssiges Konzept vor. Dieses beruht auf folgenden Eckpfeilern:

- Die Klage des Landes gegen die Verankerung der **Schuldenbremse** im Grundgesetz ist richtig, denn die Länder dürfen sich in der Haushaltspolitik nicht vom Bund bevormunden lassen. Im Gegenzug muss eine Schuldenbremse in die Landesverfassung aufgenommen werden, denn wir GRÜNE stehen für Nachhaltigkeit - auch in der Finanzpolitik. Dabei ist darauf zu achten, dass die Umsetzung der Schuldenbremse nicht zu Lasten der Kommunen gehen darf und dass Bildungsausgaben zukünftig als Investitionen gelten.
- Parallel zur Schuldenbremse muss es eine **Mittelfristige Finanzplanung** bis 2020 geben. Diese muss Ausgaben und Einnahmen realistisch benennen und notwendige Investitionen in Klimaschutz und Bildung einplanen.
- Wir GRÜNE sind bereit, alte Zöpfe abzuschneiden und notwendige **Einsparungen** mit zu verantworten. Allerdings bedarf es dazu einer Gesamtkonzeption und einer Abwägung über die Folgewirkung von Sparmaßnahmen. Für eine konzeptionslose Kahlschlagpolitik nach dem Rasenmäherprinzip stehen wir nicht zur Verfügung. Der Erhalt der sozialen und kulturellen Daseinsvorsorge ist kein Spielball sondern Grundlage eines funktionierenden Gemeinwesens.
- Relevante und zukunftsgerechte Einsparungen wird es nur geben, wenn bisherige **Verwaltungsstrukturen** in Frage gestellt und aufgebrochen werden. Wir fordern alle Parteien auf, sich der Debatte über einen Nordstaat und über eine Gebiets- und Verwaltungsreform ergebnisoffen zu stellen.
- Schon jetzt steht fest, dass eine verantwortliche Finanzpolitik nicht ohne **Steuermehreinnahmen** auskommt. An höheren Steuern auf Bundes- wie auf Landesebene führt kein Weg dran vorbei, soll es nicht zu einem Kahlschlag in der Bildungspolitik und zu einer Abkehr vom Sozialstaat kommen. Wir fordern alle Parteien auf, diese Debatte ehrlich zu führen und einen pragmatischen Weg aufzuzeigen, wie hohe Privatvermögen mehr als bisher zur Finanzierung der Staatsausgaben beitragen können.

- Eine **verantwortliche Steuerpolitik** setze auf Gerechtigkeit und auf eine auskömmliche Finanzierung des Staates. Wir GRÜNE fordern ein Steuersystem, welches transparent und verständlich ist und Unwuchten im System gegenfinanziert behebt. Steuergeschenke zu Lasten von Ländern und Kommunen lehnen wir ab und fordern die Landesregierung eindringlich auf bei den anstehenden Verhandlungen nicht wieder einzuknicken!
- Großer Handlungsbedarf besteht auch bei der Bewältigung der Altschulden und bei der Unterfinanzierung des Bildungssystems – von der Kita bis zur Hochschule. Wir fordern die Landesregierung auf, sich in Berlin erneut und massiv für einen **Altschuldentilgungsfonds** einzusetzen. Wir schlagen vor, den auslaufenden Solidaritätsfonds Ost neu aufzulegen und die Einnahmen hälftig in einen Altschuldentilgungsfonds zu überführen und hälftig in **Bildungsinvestitionen** umzuwandeln. Davon würde Schleswig- Holstein als strukturschwaches Bundesland massiv profitieren. Der Altschuldentilgungsfonds muss die Verschuldung der Kommunen mit einbeziehen.
- Bei der Debatte über die zukünftige Haushalts- und Finanzpolitik dürfen die Kommunen nicht vergessen werden. Die Sicherstellung der **Kommunalen Daseinsvorsorge** ist ein elementarer Baustein unseres demokratischen Systems, dass davon lebt, dass vor Ort Entscheidungen getroffen werden können. Dazu bedarf es einer angemessenen Finanzausstattung der Kommunen und eine Überführung der Gewerbesteuer in eine kommunale Wirtschaftssteuer.